







| Fragen der Umweltverbände |  |  |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|---|---|---|---|---|
| 1. Konversion Weitere Eingriffe in den Hauptmoorwald, im Bereich der MUNA, Schießplatz oder in Landschaftsschutzgebiete lehnen die Bamberger Umweltverbände entschieden ab. Wie steht Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft dazu? | Ziel ist eine nachhaltige und ökologische Konversion. | Eingriffe in Hauptmoorwald möglichst gering halten. Ziel: Gebiet östlich der A73 komplett unter Schutz stellen. Unterstützt Projekt einer großen Industrieansiedlung im Bereich der MUBNA (auf ca. 25% der Fläche). Golfplatz soll erhalten und als Naherholungsgebiet ausgebaut werden. | Lehnt weitere Eingriffe ab. | Die Freien Wähler sehen das genauso wie die Umweltverbände. | Einrichtung von Naturschutz- und Naherholungsflächen auf dem Konversionsgelände. Frei werdende Flächen dürfen nicht ohne Rücksicht auf Tier- und Pflanzenwelt bebaut und versiegelt werden. | Umweltverträgliche Durchführung der Konversion. Lehnt Überbauung von Landschaftsschutzgebieten ab. Hauptmoorwald muss als Naherholungsgebiet erhalten werden. | Offen für interessante Gewerbesiedlungen im Bereich der MUNA. | Unterstützt ökologische Stadtentwicklung im Bereich MUNA und Schießplatz. |
| 2. Ausbau der Bahntrasse Die Bamberger Umweltverbände lehnen eine Ostumfahrung der Bahn ab. Wie steht Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft dazu? | Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen. Eingriffe in den Hauptmoorwald und die Nordflur sollen so gering wie möglich ausfallen. | Gegen eine Ostumfahrung. | Lehnt die von der Bahn vorgelegte Variante einer Ostumfahrung ab. Für die ergebnisoffene Prüfung einer „Ostumfahrung light“ nur für Güterzüge. | Für eine Tunnellösung durch/unter Bamberg. Als Alternative eine „eingehauste“ Trasse im Osten Bambergs | Lehnt Ostumfahrung durch eine neue Bahntrasse ab. Fordert Ausbau der ICE-Strecke auf der bestehenden Trasse mit modernem Lärmschutz. | Gegen die vorgelegten Pläne der Bahn für eine Ostumfahrung. Unterstützt eine Güterzugumfahrung als Tunnel entlang der A 73. | Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen. Tunnel, wenn die Trasse durch die Stadt muss. Ostumfahrung als untertunnelte Version nahe an der Autobahn. | Schließt eine Ostumfahrung für Güterzüge nicht aus. |
| 3. Flugplatz Breitenau als Naturschutzgebiet Unterstützt Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft die Ausweisung des Flugplatzgeländes als Naturschutzgebiet? | Ausweisung einzelner (Teil-) Flächen als besonders schützenswert besser als eine ganzflächige Festlegung. | Die Frage wurde nicht beantwortet. Die SPD-Fraktion hat im Stadtrat gegen die Ausweisung des Flugplatzes als Naturschutzgebiet gestimmt. | Wurde bereits im Stadtrat von der GAL beantragt. Initiative zur Unterschutzstellung auch über höhere Stellen durch Landtagsabgeordnete. | Für die Ausweisung eines Naturschutzgebiets auf dem Gelände. | Für die Ausweisung des Flugplatzgeländes als Naturschutzgebiet. | Für die Ausweisung der gesamten Biotopfläche als Naturschutzgebiet. Nachflugverbot und kein weiterer Ausbau des Flugplatzes. | Die bereits bestehenden Maßnahmen sind zum Schutz der Natur ausreichend. | Unterstützt die Forderung auf der Basis einer genauen Gebietsabgrenzung. |
| 4. Umweltfreundliche Mobilität Unterstützt Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft einen Umweltverbund, der Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV stärkt? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen will sie es umsetzen? Setzen Sie sich für autoarme Siedlungen ein? | Ausbau des ÖPNV gemeinsam mit dem Landkreis. Einrichtung eines regionalen Omnibusbahnhofs nach Abschluss des Bahnausbaus. Attraktivere Gestaltung des Bahnhofsumfelds. Mittelfristig Umstellung der Stadtbustflotte auf Elektrobusse, Ausbau Fahrradwegenetz, Stärkung der E-Mobilität. | Realisierung eines regionalen Busbahnhofs. Barrierefreie Wege und Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen. Bessere Verzahnung und Abstimmung des Busverkehrs zwischen Stadt und Landkreis. Förderung des Fahrradverkehrs. Entschärfung problematischer Kreuzungen zu Gunsten von Fußgängern und Radfahrern. Gute Anbindung aller Stadtteile und Quartiere an den ÖPNV. Unterstützung von Investoren bzw. genossenschaftlichen Modellen, die autoarme Siedlungen realisieren wollen. Projektbezogene Förderung und Beratung für solche Modelle. | Zahlreiche Vorschläge zur Umsetzung dieses Ziels, u.a.: Ausbau Bamberger Bahnhof zur Mobilitätszentrale, Errichtung eines regionalen Omnibusbahnhofs, Öffentliches Fahrradverleihsystem für die ganze Stadt, gemeinsames Tarifsystem für alle öffentlichen Verkehrsmittel (Bus, Car-Sharing, Leihfahrrad). Umsetzung der Radverkehrsstrategie. Autorverkehr in der Innenstadt reduzieren, u.a. durch verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche in Langer Straße und Teilen der Königsstraße. Keine Straßenneubauprojekte Fordert autoarme Wohngebiete u.a. bei der Planung Glaskontorgelände und bei der städtebaulichen Entwicklung des Konversionsgeländes. | Unterstützen das Ziel, sehen in der Umsetzung Probleme bei der Akzeptanz durch die Bevölkerung und den finanziellen Ressourcen. Mehr Raum und Vorrang für Radverkehr. | Verbesserung der Situation für Radfahrer, u.a. durch verstärkte Ausweisung von Radfahrstreifen. Einführung einer Stadtbus-Ringlinie. Regionaler Omnibusbahnhof am Bahnhof als ÖPNV Drehkreuz. Verkehrsentlastung des Berggebiets durch attraktivere ÖPNV-Erschließung und Reduzierung der Zahl öffentlicher Einrichtungen im Berggebiet. Reduzierung der Belastung von Wohngebieten durch den Autoverkehr. Schaeffler Gelände als Modell. Für autoarme Wohngebiete u.a. auf dem Konversionsgelände. Im Bedarfsfall müssen Wohngebiete durch PKW erreichbar sein. | Ausbau des ÖPNV-Netzes und Einführung eines Ringverkehrs, Senkung der Fahrpreise, Umstellung der gesamten Stadtbustflotte auf Erdgasbetrieb, Ausbau des Radwegenetzes und Erhöhung der Sicherheit für Radfahrer. Sperrung des Innenstadtrings für den motorisierten Individualverkehr. | Förderung der Elektromobilität und weiterer Stromtankstellen. | Verbesserung des ÖPNV, weiterer Ausbau von Radfahrwegen, Nutzung moderner Technik (E-Bike, Elektro-Scooter, etc.) |
| 5. Eine Bergverbindungsstraße lehnen die Bamberger Umweltverbände ab. Wie steht Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft dazu? | Ziel ist eine weitgehend untertunnelte Verbindung zwischen Stegaurach (B22) und Gaustadt (B26), um das Berggebiet und die Altstadt zu entlasten. | Lehnt Bergverbindungsstraße ab und wird alle politischen Mittel einsetzen, um diese Straße zu verhindern. | Lehnt Bergverbindungsstraße ebenso ab wie ein neues Parkdeck im Bereich Klinikum Michaelsberg ab. | Bergverbindungsstraße nicht sinnvoll und realistisch. Eine größtenteils untertunnelte Anbindung des Bereichs St. Getreu als sog. Nordspange (Verlängerung Caspersmyerstraße) sinnvoll. | Vorliegende Vorschläge sind seriös weder finanziell noch mit Umweltschutz und Weltkulturerbestatus zu vereinbaren. | Lehnt Bergverbindungsstraße ab. Statt dessen Reduzierung des Verkehrs durch Verlagerung öffentlicher Nutzung aus dem Berggebiet auf Konversionsflächen (z.B. Montessori-Schule) | Schutz des Welterbes durch bergmännische Untertunnelung | Lehnt derzeitige Vorlagen zu „Bergverbindungsstraßen“ ab. Sieht dringenden Handlungsbedarf im Berggebiet. |
| 5. Klimaschutz und Energiewende Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft das Ziel der Klimaallianz, bis 2035 den Energiebedarf der Region zu 100% eigenständig und aus erneuerbaren Energieträgern zu decken, umsetzen? | Unter anderem Schaffung eines Wasserkraftwerkes an der Sterzer-Mühle, Neubau von Bürgersolaranlagen. Umbau der Stadtwerke vom Energiehändler zum Energieproduzenten. | Vorhandene Strukturen stärken (Klima- und Energieagentur Bamberg, Regionalwerke Bamberg) Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden und von Gebäuden der städtischen Töchter fortsetzen. Zielvereinbarungen mit den städtischen Töchtern: Ausbau regenerativer Stromerzeugung und Bereitstellung von Kapital hierfür; Wachstum im Bereich Fern- / Nahwärme, Bau von KWK-Anlagen Ausbau von Beratung, und Information über Energieeinsparmöglichkeiten Förderung energieeffizienter Mobilität Bereitstellung von städtischen Dächern für Bürgersolaranlagen | Mehr Engagement im Bereich Energieeffizienz, energetische Sanierung im Bestand, Passivhausbauweise bei Neubau Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Nah- und Fernwärmenutzung Verfüncung der Investition der Stadtwerke beim Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Erhöhung des Zubaus auf jährlich 5 MW Gemeinsames Engagement von Stadtwerken, Regionalwerken, Stadt, Landkreis, Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger durch den Bau von Bürgerkraftwerken. | Vorrang für weitere Energieeinsparung, insbes. durch energetische Gebäudesanierung und Anschaffung energieeffizienter Gerätschaften. Stärkere Nutzung der Sonnenenergie durch die Stadtwerke und Beteiligung an Windparks. Einbindung der Bürger durch lokale Energie-Genossenschaften. | Handlungsspielraum der Kommune bei Energiewende vor Ort gering, deshalb Einsatz für dezentrale Lösungen. Einbeziehung der Themen Wärme, Verkehr und Ernährung. Effektive Beratung der Bürger Förderung sog. Null-Emissions-Fahrzeuge durch ein Bonussystem, öffentliche Förderung für den Aufbau einer Infrastruktur mit Stromtankstellen. | Klima- und Energieagentur soll Stadt und Landkreis-Kommunen konkrete Möglichkeiten zur Gewinnung Erneuerbarer Energien und zur Einsparung von Energie aufzuzeigen. Entsprechende personelle und logistische Ausstattung der Agentur. Stadt muss mehr Investitionen in konkrete Projekte tätigen. | Das Ziel ist unrealistisch, deshalb steht die BUB nicht dahinter. | Rahmenbedingungen sind zu beachten, u.a. der Denkmalschutz. gewisse Grenzen auf. Nutzung von Sonnenenergie auf öffentlichen Gebäude und Einrichtungen, energetische Sanierung von Schulen vorantreiben. |
| 6. Wasserschutz und ökologische Landwirtschaft Unterstützt Ihre Partei bzw. Wählergemeinschaft die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft im Einzugsgebiet der Städtischen Wasserversorgung? Werden Sie die Pachtverträge der Stadt und der städtischen Stiftungen an eine ökologische Bewirtschaftung binden? | Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft u.a. durch Unterstützung der Regionalvermarktung. Unterstützt, dass im Einzugsbereich der Städtischen Wasserversorgung weder gedüngt wird noch Pestizide ausgebracht werden. Bemüht sich, bei sonstigen Pachtverträgen Einfluss zu nehmen. | Unterstützt die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft im Einzugsbereich der städtischen Wasserversorgung. Bevorzugung von Pächtern, die ökologisch produzieren bei der Vergabe von Pachtverträgen. | Unterstützt Umstellung der städtischen und stiftlichen Flächen auf ökologischen Landbau. Umstellungshilfen für die Bamberger Gärtnerbetriebe. In den Kantinen der städtischen Töchter soweit als möglich Verwendung von Produkten aus regionaler und kontrolliert biologischer Erzeugung. | Gilt nach Kenntnisstand der Freien Wähler bereits. | Ökologische Landwirtschaft im Bereich der Städtischen Wasserversorgung wird unterstützt. Kein Zwang zur Ökologischen Bewirtschaftung aber Bevorzugung von Pächtern, die ökologisch wirtschaften, bei der Pachtvergabe. | Favorisiert ökologische Garten- und Landwirtschaft. Bevorzugung ökologisch wirtschaftender Betriebe bei der Verpachtung. Unterstützung der TransitionTown Bewegung. Bereitstellung von Flächen für Gemeinschaftsgärten – auch auf Konversionsflächen. | Für integrierte, kontrollierte Landwirtschaft mit regionaler Vermarktung. Beibehaltung der Agrarflächen im Stadtgebiet. Bestmöglicher Gewässerschutz, der aber den Gärtnern die Chance zum Überleben bietet. | Ökologische Landwirtschaft im Bereich der städtischen Wasserversorgung sinnvoll. Pachtverträge der Stadt bzw. der Stiftungen der ökologischen Bewirtschaftung zuzuwenden. |